



Februar 2013

Günter Rudolphs Newsletter

Aktuelles aus dem Hessischen Landtag

Amazon ist kein Einzelfall

Letzte Woche wurde bekannt, dass Amazon ausländische Leiharbeiter in Bad Hersfeld unter mehr als prekären Bedingungen beschäftigt hat. Das ist leider kein Einzelfall. Die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren macht diese moderne Art der Ausbeutung möglich.

Eine ARD-Reportage brachte den Skandal ans Licht. Die Leiharbeiter bei Amazon bekamen nicht nur weniger Lohn als ihnen zugesichert wurde, die Wohn- und Transportbedingungen waren ebenfalls mies. stundenlange Transporte in überfüllten Bussen und Wohnen auf engstem Raum. Zudem wurden die Leiharbeiter durch einen von Amazon angeheuerten Sicherheitsdienst überwacht und zum Teil auch noch schikaniert. Der Aufschrei ist nun groß und Bundes-Arbeitsministerin Von der Leyen fordert Aufklärung von Amazon. Doch auch die Tatsache, dass Amazon dem Sicherheitsdienst und dem für den Transport und die Unterkunft zuständigen Unternehmen gekündigt hat, ist nicht mehr als purer Aktionismus.

Was gebraucht wird, sind Gesetze, die den Arbeitsmarkt regulieren. Appelle an Amazon bringen wenig, wenn der Missbrauch von Leiharbeit rechtlich möglich bleibt. Während in Deutschland und Hessen die Wirtschaft wächst, breitet sich diese prekäre Form der Beschäftigung weiter aus. Immer mehr Menschen werden so vom Wohlstand ausgeschlossen. Um diese miserable Entwicklung zu bekämpfen, fordert die SPD seit langem unter anderem eine deutliche Einschränkung der Leiharbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn. Die hessische CDU hat in ihrer leider viel zu langen Regierungszeit dafür gesorgt, dass sich der Missbrauch der Leiharbeit so stark ausbreiten konnte. Wir müssen das endlich ändern.

Landesregierung will bei Kinderförderung sparen

Zurzeit wird wieder einmal offensichtlich, mit welchem Mangel an Vorstellungsvermögen Schwarz-Gelb unser Land regiert. Es geht immer nur darum zu Sparen. Jetzt ist die Kinderförderung dran.

Wir Sozialdemokraten betreiben Politik seit jeher mit dem Wille zur Gestaltung. Wir haben eine Vorstellung davon, wie unser Land aussehen soll, wie und wo es besser sein sollte. Dann setzen wir Mittel ein, um diese Vorstellungen in die Tat umzusetzen. CDU und FDP fehlt dieser Gestaltungsanspruch völlig. Auch wenn es unumstritten ist, dass Hessens Zukunft mit der Bildung seiner jetzigen Kinder steht und fällt, will die

Schwarz-gelbe Landesregierung mit dem Kinderförderungsgesetz einen Sparkurs fahren, der auch vor der Kinderbetreuung nicht halt macht. Man muss sich das nochmal vor Augen führen: Jeder weiß, wie wichtig frühkindliche Förderung ist, so ziemlich jedes Bundesland tut etwas dafür, nur Hessen nicht.

Freie Träger, kirchliche Träger, Elternverbände, ErzieherINNEN und Sozialdemokraten sind sich einig: Das neue Kinderförderungsgesetz darf nicht kommen! Seine Verabschiedung würde große Nachteile bringen, von denen hier ein paar genannt werden sollen. Die Gruppengröße in Kitas wird auf 25 Kinder pro Gruppe festgesetzt. Vorher war eine Bandbreite von 15 bis 25 Kindern möglich. In der Betreuung unter 3-jähriger wird die Gruppengröße von 10 auf bis zu 16 Kindern erhöht. Doch das ist der Landesregierung scheinbar nicht Qualitätsminderung genug. Sie möchte auch noch, dass 20 % der Betreuer fachfremd sein können, was zu weiteren Qualitätseinbußen führen würde. Die neuen Förderregeln gefährden zudem die Finanzierung und damit die Existenz von Kitas auf dem Land, da dort die Gruppengröße von 25 Kindern oft nur schwer erreicht werden kann.

Ein weiterer Punkt, den Schwarz-Gelb scheinbar völlig vergessen hat, ist die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderungsbedarf. Somit senkt die Landesregierung nicht nur die Qualität der Kinderbetreuung, sondern setzt Erzieherinnen und Erzieher weiteren Anstrengungen aus, von denen sie eigentlich durch zusätzliches Personal entlastet werden sollten. Wir können nur hoffen, dass der gemeinsame Widerstand der Träger, Eltern, ErzieherINNEN und der SPD die Landesregierung von ihrem fatalen Vorhaben abhält.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich zu diesem Thema unter dem Titel „Das neue KIFÖG – Chance oder Rückschritt?“ am 4. März, um 19.30 Uhr in der Stadthalle Melsungen eine Podiumsdiskussion veranstalte.